



STADT : SALZBURG



EUROPEAN
URBAN
INITIATIVE

ÖROK-Fachtagung
Begrünung und Renaturierung –
wie Städte und Gemeinden gewinnen.
Von der europäischen Vision zur Umsetzung vor Ort

Salzburg, Haus für Mozart
6. November 2025
9:30-16:15 Uhr



Dokumentation

■ Bundesministerium
Land- und Forstwirtschaft,
Klima- und Umweltschutz,
Regionen und Wasserwirtschaft

EU-Kooperationen

Intro

Wie gelingt die Transformation hin zu grüneren und klimaresilienten Städten? Welche Ansätze in Österreich gibt es bereits, wie können Initiativen wie die Europäische Stadtinitiative dabei unterstützen und was hat die Wiederherstellungsverordnung damit zu tun?

In diesem Fachdialog mit Vertreter:innen aus Verwaltung, Politik und Praxis gingen wir der Frage nach, wie urbane Begrünung zur strategischen Chance für Städte und Gemeinden wird. Wolfgang Gerlich (Moderation) leitete die Veranstaltung mit folgendem Axiom ein: Begrünung in Städten ist notwendig, keine Frage, aber das wie, wie diese Transformation gelingen kann, welche guten Beispiele es gibt und wie wir das rechtzeitig schaffen, das ist Fokus der Veranstaltung. Ton und Richtung des restlichen Tages waren somit gelegt.



Eine Stunde vor der Veranstaltung.
Im Laufe des Tages fanden sich an die 70 Personen in der Salzburgkulisse im Haus für Mozart ein.

Agenda

9:30	Ankommen und Kaffee
10:00	Begrüßung <i>Markus McDowell, Geschäftsführer ÖROK</i>
	<u>Keynote</u> Begrünung der Städte als europäisches Thema
10:10	<i>Wolfgang Münch, Senior Expert intelligentes und nachhaltiges Wachstum, Europäische Kommission - Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung</i>

	<u>Präsentation und Q&A</u> Städtische Ökosysteme in der Wiederherstellungsverordnung, nationaler Diskurs und lokale Umsetzung
10:40	<i>Andreas Schmidbaur, Abteilungsvorstand Raumplanung Baubehörde Stadt Salzburg</i> <i>Melanie Dobernigg-Lutz, Expertin Österreichischer Städtebund</i> <i>Claudia Kaiser, Expertin für Stadtplanung und Verkehr Stadt Salzburg</i>
11:45	Mittagspause
13:00	<u>Keynote</u> Städtischer Grünraum in Österreich <i>Daniela Allmeier, Geschäftsführerin Raumposition GmbH</i>
13:30	<u>Kurzinputs</u> Best Practice Beispiele auf der lokalen Ebene <ul style="list-style-type: none"> • <i>Stefanie Penkner, Projektleiterin Baumoffensive Linz</i> • <i>Cornelia Hebenstreit, Projektleiterin Umgestaltung Nibelungenplatz Tulln</i> • <i>Christian Nußmüller, Senior Expert Stadtbaudirektion Graz</i> • <i>Manuel Hammel, Projektleiter und Verkehrsplaner St. Pölten</i>
14:15	<u>Präsentation und Q&A</u> Renaturierung mit EU-Mitteln durch die Europäische Stadtinitiative, Beispiele und Möglichkeiten <i>Johannes Riegler, EUI-Experte</i> <i>Alexander Barnsteiner, Kontaktstelle für die EUI, ÖROK-Geschäftsstelle</i>
14:45	Pause
15:00	<u>Paneldiskussion</u> Begrünung der Städte im Spannungsfeld zwischen Empfehlung, politischer Umsetzung und fachlicher Meinung <ul style="list-style-type: none"> • <i>Daniela Allmeier, Geschäftsführerin Raumposition GmbH</i> • <i>Andreas Schmidbauer, Abteilungsvorstand Raumplanung Baubehörde Stadt Salzburg</i> • <i>Wolfgang Münch, Senior Expert intelligentes und nachhaltiges Wachstum, Europäische Kommission - Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung</i> • <i>Thomas Madreiter, Planungsdirektor Stadt Wien</i>
16:00	Zusammenfassung und Abschluss
16:15	Ende der Veranstaltung

Begrüßung

Markus McDowell

Die ÖROK ist aktuell verantwortlich für die Koordinierung einer Arbeitsgruppe zu Artikel 8 der Wiederherstellungsverordnung und beheimatet den Urban Contact Point für die EUI.

Neben den europäischen Zielsetzungen gibt die [Wiederherstellungsverordnung](#) einen inhaltlichen Rahmen für die heutige Veranstaltung, insbesondere mit den entsprechenden Zielsetzungen für Grünflächen und Bäume in Städten und Gemeinden.

Mit der Verordnung sind auch Gemeinden und Städte aufgefordert, den städtischen Grünraum (wieder)herzustellen, zu erhalten und zu fördern. Seit Anfang des Jahres beschäftigt sich eine ÖROK-Arbeitsgruppe unter Mitwirkung aller Bundesländer, BMLUK, Städtebund, Gemeindebund, Salzburg und Graz mit technischen und inhaltlichen Fragen zu Art. 8.

Arbeiten umfassen z.B. Beratungen zu Abgrenzungsfragen oder Datenanalysen (durchgeführt von Umweltbundesamt). Derzeit steht die Sammlung und Entwicklung von Maßnahmen als Beiträge zum Nationalen Wiederherstellungsplan im Fokus, welcher bis September 2026 an die Europäische Kommission übermittelt werden muss.

Die Arbeiten dazu sind intensiv und es gibt noch viele offene Fragen, erste Ergebnisse sind 2026 zu erwarten. Grundsätzlich sind in Österreich bis zu 467 Städte und Gemeinden von Art. 8 betroffen. In denen leben zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung. Die konkrete Anzahl der bis 2030 unmittelbar betroffenen Städte und Gemeinden ist jedoch abhängig von Daten und Abgrenzungsfragen. Ab 2030 gilt, dass Grünflächen und Baumüberschirmungen in Städten zufriedenstellende Werte erreichen und beibehalten müssen.



Markus McDowell (r.),
einer der beiden
Geschäftsführer der
ÖROK

Die im weiteren Verlauf vorgestellten Best Practice Beispiele auf der nationalen Ebene geben einen Einblick in gelungene Begrünungs- und Renaturierungsmaßnahmen, von denen man auch für die eigene Gemeinde was mitnehmen kann. Über Ländergrenzen hinweg gibt

es mit EU-Förderprogrammen und Initiativen wie der EUI die Möglichkeit, innovative Maßnahmen auszuprobieren, Fördergelder zu akquirieren und mit anderen Städten in einen Austausch zu treten. Dafür stellt die EUI etwa 400 Mio. EUR und zusätzliche Ressourcen wie Expert:innen und Webtools zur Verfügung.

Begründung der Städte als europäisches Thema

Wolfgang Münch

Die erste Keynote des Tages kam von Wolfgang Münch, der für die Veranstaltung aus Brüssel angereist war. Wichtig war nicht nur, die Ziele, Ambitionen und Möglichkeiten der EU vorzutragen, sondern dass man die Gelegenheit auch nutzen konnte, um Feedback nach Brüssel zu geben.

Klimawandel ist ein zunehmendes Problem in der EU und dementsprechend werden über die Förderprogramme im Bereich Kohäsionspolitik nahezu alle Themen gefördert, die sich mit Klimawandel auseinandersetzen. Gleichzeitig sind die lokalen Auswirkungen sehr unterschiedlich, weshalb es keinen einheitlichen, EU-weiten Ansatz geben kann.

Wolfgang Münch, GD Regio, über die Rolle der Kohäsionspolitik.



Die EUI, welche heute eine zentrale Rolle einnimmt, fördert in diesem Lichte auch die Kooperation zwischen Städten und verknüpft deren Bestrebungen mit europäischen Zielen und der Kohäsionspolitik. Und sie ist damit nicht allein: die Beiträge zum Kampf gegen den Klimawandel auf der EU-Ebene sind vielfältig. Einige Beispiele sind:

- EFRE-Projekte im Ruhrgebiet, die Arbeitsplätze schaffen, die Lebensqualität verbessern und die Region attraktiver machen.
- Hochwasserschutz in Slowenien mit baulichen und landschaftsgestalterischen Maßnahmen.
- Das Interreg-Danube Projekt [SpongeCity](#) über 12 Länder hinweg zur Erforschung und Weiterentwicklung von Schwammstädten.
- Das EUI-geförderte Projekt [GUARDIAN](#) zur innovativen Waldbrandbekämpfung.

Städtische Ökosysteme in der Wiederherstellungsverordnung

Nationaler Diskurs und lokale Umsetzung

Andreas Schmidbaur

Melanie Dobernigg-Lutz

Claudia Kaiser

Nach der europäischen Ebene schauen wir nun auf die nationale, allen voran mit der Wiederherstellungsverordnung. Schnell wird klar, dass es hier noch grundlegende Fragen gibt, die offen sind. Diskutiert wird etwa, was als Grünfläche gilt: so sind Ackerflächen nicht Teil dieser, Brachflächen im geschlossenen Siedlungsgebiet aber schon. Das birgt potenzielle Fallstricke. Auch wird bei dem, was als Grünfläche gilt, ein quantitativer Zielwert hergenommen, der erreicht werden muss. Die Qualität der Grünfläche hingegen wird nicht weiter berücksichtigt. Ebenfalls wichtig und weiterhin offen sind Fragen, die das Privateigentum betreffen.

Diskutiert wird auch, wie die Fläche und die Grenzen einer Stadt im Sinne der Wiederherstellungsverordnung definiert sein sollen, denn die konkrete Ausarbeitung der Verordnung auf nationaler Ebene lässt einige Möglichkeiten offen. Auch spielt die Datengrundlage für das Quantifizieren der Grünflächen und der Baumüberschirmung eine Rolle, denn die unterschiedliche Auflösung von Satellitenbildern und Orthofotos können in Grenzfällen zu verschiedenen Ergebnissen führen. Der Städtebund jedenfalls ist für den Einsatz nationaler Datensätze, da diese genauer sind. Spannend bleibt ebenfalls die Frage der Finanzierung und ob es für die Umsetzung speziell zugeschnittene Förderungen geben wird. Auf der nationalen Ebene braucht es einerseits direkte Maßnahmen, die unmittelbar zu einem quantitativen Ergebnis führen. Ebenso wichtig sind aber auch die indirekten Maßnahmen: „softe“ wie Bewusstseinsbildung aber auch „harte“ Maßnahmen wie die Anpassungen in relevanten Gesetzestexten.

Die Festlegungen in Artikel 8 bringen für die betroffenen Städte und Gemeinden große Herausforderungen mit sich. Vorausgesetzt die weitere Zusammenarbeit auf allen Ebenen und die Bereitschaft, gemeinsam das nationale Ziel für den Flächenausgleich zu erreichen, sind gegeben, gibt es aber auch die Zuversicht, dass es zu schaffen sein wird.

Auf der europäischen Ebene hingegen bleibt spannend, ob die Verordnung noch angepasst werden muss. Denn derzeit sind politisch gesehen grüne Ziele weniger relevant. Stattdessen stehen Verteidigung und Stärkung des Wirtschaftsstandorts Europa im Vordergrund. Das lässt potenzielle Zielkonflikte mit den Zielsetzungen von vor ein paar Jahren erahnen. Anpassungen und Abänderungen bestehender Verordnungen sind zumindest denkbar.



Andreas Schmidbaur und Melanie Dobernigg-Lutz zur Wiederherstellungsverordnung

Wie auf der lokalen Ebene die Umsetzung aussehen könnte, zeigt das erste Beispiel auf der lokalen Ebene: die [Grünflächenzahl in Salzburg](#). Seit den 1980ern sind Grünflächen der Stadt ein hohes Anliegen. Rückenwind auf der politischen Ebene und in der Bevölkerung helfen bei der Umsetzung immens. Die rechtliche Basis bildet die Deklaration Geschütztes Grünland, welches ein strenges Regelwerk für Verwaltung und Politik vorsieht.

Inzwischen ist es so, dass jedes Bauvorhaben Mindestvorgaben in der Grünraumherstellung bzw. -erhaltung erfüllen muss, um den vorgegebenen Zielwert zu erreichen.

Einige Herausforderungen sind Verdichtung im Bestand, Denkmalschutz und teilweise auch das persönliche Sentiment von Planer:innen. Dennoch ist Begrünung so zur Verpflichtung geworden, in der Planungsphase noch leicht zu berücksichtigen und zu kontrollieren. Insgesamt finden etwa 400 Baukontrollen jährlich statt. Nächstes Jahr soll der aktuelle Modus evaluiert werden.

Claudia Kaiser, federführende Expertin GFZ Salzburg, und Andreas Schmidbaur



Ein wesentlicher Aspekt bei der Einführung einer Grünflächenzahl ist, dass der Zielwert robust und durch ausreichende Beispielrechnungen begründet ist. Ist er zu niedrig, wird zu wenig Grünraum erhalten, ist er zu hoch, verhindert er eine angemessene bauliche Entwicklung. Ein Transfer in andere Bundesländer und Gemeinden ist aber durchaus denkbar.

Städtischer Grünraum in Österreich

Daniela Allmeier

Die zweite Keynote wurde von Daniela Allmeier gegeben. Erhitzung durch Klimawandel betrifft den Alpenraum besonders. Urbanes Grün ist ein wichtiger Faktor für die Lebens- und Standortqualität. Erwiesenermaßen reduzieren Grünflächen mit Baumbestand die Umgebungstemperatur im Sommer um bis zu 12,5 Grad. Gleichzeitig steigt neben der Hitze auch das Risiko für Starkregenereignisse.

Entsiegelung und Regenwassermanagement werden dementsprechend immer wichtiger. Dabei geht es nicht nur um den Menschen in der Stadt, sondern auch um die Natur und darum, die Biodiversität aufrecht zu erhalten. Verwaltungen, Bürger:innen und Politik: sie alle müssen im Prozess abgeholt und mitgenommen werden. Das gelingt durch Schulungen und Austausch.

Das Stadtumland muss dabei ebenfalls Berücksichtigung finden. Gerade hier, wo niedrige Geschoßzahlen und das Einfamilienhaus prominent vertreten sind, ist das Thema Grün und Versiegelung von hoher Relevanz.

Grünraum hat aber auch eine soziale Komponente: denn Grünraum ist ungleich verteilt. Innerhalb des städtischen Raums, aber auch zwischen den Städten. Sozial benachteiligte Wohngebiete verfügen über weniger Grünraum als der Durchschnitt, ebenso verfügen Kleinstädte über mehr Grünraum als Großstädte.



Daniela Allmeier gab die zweite Keynote des Tages

Der positive Effekt von Grünraum ist allerdings bereits bemerkbar, bevor er überhaupt fertiggestellt ist. Denn er entfesselt transformative Kräfte im Entstehungsprozess. Als Beispiel wird der [Sturm19Park](#) genannt. Eine Gesamtstrategie sowie eine gelungene Kommunikation und Abstimmung machen den Park in einem sozial schwachen Teil der Stadt möglich. Ein Bürger:innenrat wurde gegründet, um gemeinschaftliches Design zu ermöglichen. Schlüssel zum Erfolg waren das Arbeiten mit dem Bestand und eine ausreichende Nachbereitung und Betreuung.

Ein weiteres Beispiel ist der [Nibelungenplatz](#) in Tulln, eine Fläche von 7000 m² mit über 200 Stellplätzen wollte umgestaltet werden. Doch die Hürden waren erheblich, die Opposition verlangte eine Volksbefragung und im Gemeinderat musste ein Konsens für das gemeinsame Vorgehen festlegt werden. Eine intensive und sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema machte das Projekt jedoch möglich. Verschiedene Stakeholder:innen wurden miteinbezogen, der Prozess transparent gestaltet und mehrere Möglichkeiten zur Abstimmung vorgelegt. Gewonnen hatte schließlich der naturfreundlichste und aufwendigste Vorschlag: der gesamte Platz wurde umgestaltet.

Beide Projekte wurden in einem Zeitraum von vier Jahren umgesetzt, rund ein Drittel der Zeit ging dabei allein in das Prozessdesign. Ohne die Beteiligung der Bevölkerung wären beide Projekte nicht umsetzbar gewesen.

Best Practice Beispiele auf der lokalen Ebene

Baumoffensive Linz

Stefanie Penkner

Die [Baumoffensive](#) wurde 2019 mit dem Ziel, 1.000 neue Bäume zu pflanzen, beschlossen. Seitdem werden die Straßenzüge auf mögliche Baumstandorte überprüft. Dabei stellen vor allem die Versorgungsleitungen unter der Straße eine Herausforderung dar. Dennoch finden sich Potenziale: vor allem bei breiten Straßen mit ruhendem Verkehr.

Priorität haben jene Straßenzüge, in denen laut Risikokarte eine besonders hohe Erhitzung auf bestimmte Kategorien trifft. Beispiele für diese Kategorien sind vulnerable Gruppen, die Erreichbarkeit von schon vorhandenen Grünflächen oder kritische Infrastruktur wie Krankenhäuser.

Neue Bäume werden nach dem Schwammstadtprinzip gesetzt. Jede Baumscheibe wird baulich durch ein Tiefbeet und einer multifunktionalen Fläche begleitet. Diese ermöglichen im Untergrund Wurzel- und Retentionsraum.

In den letzten vier Jahren wurden 138 Bäume verwirklicht, etwa 2000 m² entsiegelt und ein Budget von 800.000,- € pro Jahr zur Verfügung gestellt.



Stefanie Penkner

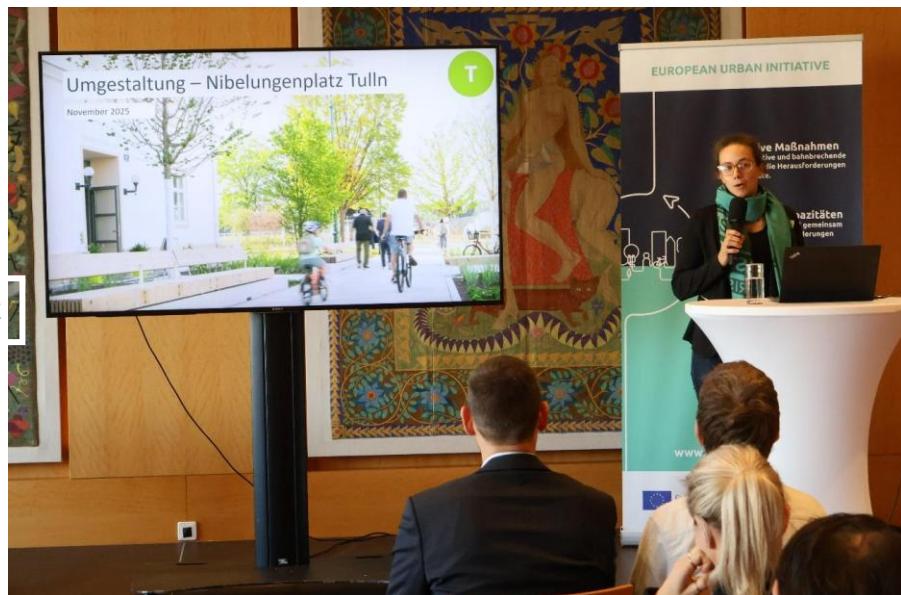
Nibelungenplatz Tulln

Cornelia Hebenstreit

Die Idee zur Umgestaltung kam während der Pandemie. Wie weiter oben bereits erläutert, hatte der Prozess eine einigermaßen große Vorlaufzeit. Das in der Volksbefragung abgestimmte Konzept wurde dann Basis für einen Wettbewerb, danach musste alles schnell gehen, denn der Platz sollte spätestens ein halbes Jahr vor den Wahlen fertig sein.

Das Resultat kann sich allerdings sehen lassen: 40 neue Bäume, umgesetzte Ideen und Wünsche aus der Bevölkerung, 71 % entsiegelte Fläche und 26 % versickerungsoffene Fläche, ein hoher Grad an Beschattung und ein hochwertiges Biodiversitätskonzept.

Cornelia Hebenstreit



Grünflächenfaktor Graz

Christian Nußmüller

Graz hat die Herausforderung, trotz naturräumlich limitierter Flächenverfügbarkeit durch seine Tallage seit 25 Jahren ein stetes Bevölkerungswachstum zu bewältigen. In diesem Zeitraum ist die Bevölkerung um rund 80.000 Einwohner:innen gewachsen. Paradigma in der Stadtentwicklung ist dabei eine ressourcenschonende Nachverdichtung mit dem Fokus auf Erhalt der Lebensqualität. Dies gelingt vor allem durch strategische Maßnahmen, wie die verstärkte Nutzung von Konversionsflächen, Bauen/Nachverdichtung im Bestand und minimale Baulandneuausweisung.

Als Teil einer klimaorientierten, integrierten Stadtentwicklung wurde in Graz bereits 2022 ein „Grünflächenfaktor GFF“ zur Erhaltung und Verbesserung des Kleinklimas und zur Sicherstellung eines nachhaltigen Grundwasserhaushaltes eingeführt, der bei sämtlichen öffentlichen und privaten Bauprojekten berücksichtigt werden muss. Dieser wurde durch eine Novelle des steiermärkischen Baugesetzes 2022 möglich. Der [Grünflächenfaktor](#) legt zu erreichende Schwellenwerte für 13 Gebietstypen aus dem räumlichen Leitbild fest. Jedes Bauvorhaben muss eine detaillierte Berechnung vorlegen, welche u.a. die Summe aller Naturhaushalts-wirksamen Teilflächen zuzüglich eines allfälligen „Baumbonus“ bei Erhalt von Bestandsbäumen berücksichtigt.

Bisheriges Fazit: zwar sind die GFF-Vorgaben in einigen Bereichstypen strenger geworden, jedoch sind im Rahmen der GFF-Berechnung praktikable Möglichkeiten gegeben, um die Zielvorgaben zu erreichen. So war bisher in jedem Fall die Erwirkung einer Baugenehmigung möglich. Die Vorgaben können durch eine Kombination von Maßnahmen erreicht werden: Gründächer, Baumpflanzungen, sickerfähige Oberflächen und Entsiegelung tragen dazu bei. Die Grünausstattung beim Neubau ist dadurch deutlich gestiegen. 600 Bestandsbäume konnten durch die Verordnung erhalten werden, etwa 1.000 wurden neu gepflanzt. Ein Ansatz zum Monitoring sämtlicher GFF-Effekte wäre ein derzeit noch offener Schritt.

Aktuell haben steirische Städte die Möglichkeit im Rahmen des IBW/EFRE 2021-2027-Förderaufrufs „Lebendige Orts- und Stadtkerne“ EU/EFRE-Mittel für Maßnahmen der Klimawandelanpassung im öffentlichen Raum zu beantragen. Maximale Fördersumme pro Projekt beträgt dabei 1,5 Mio. EUR bei einer EU-Kofinanzierungsquote von 50 %. Aus Sicht der österreichischen Städte wäre es für die nächste Strukturfondsförderperiode 2028+ dringend geboten, weiterhin EFRE-Mittel für die „Städtische Dimension“ im Sinne von kommunalen Infrastrukturinvestitionen im Rahmen integrierter Stadtentwicklung einsetzen zu können. Zudem müssten urbane und ländliche Gebiete von der Politik endlich komplementär und synergetisch gesehen werden (Stichwort „Funktionale Stadtregionen“)!

Weiterführende Information:

- [Planungs- und Leistungsbuch Grünraum](#)

Christian Nußmüller



Promenadenring St. Pölten

Manuel Hammel

Der [Promenadenring](#) in St. Pölten wird generalsaniert. Derzeit müssen alle Bäume am Ring etwa alle fünf Jahre ausgetauscht werden. Das wollte man gerne ändern, weshalb 2020 ein Planungsprozess gestartet wurde. Fünf Jahre später sieht man die ersten Ergebnisse: zwei Abschnitte sind fertig, Kreuzungen sind übersichtlicher, ein gutes Umfeld für Bäume wurde geschaffen und in den beiden bereits fertiggestellten Abschnitten wurde ein großer Teil der Fläche vom Auto weg zu Gunsten von Grünraumen, Rad- und Fußwegen umgestaltet.

Das sieht nicht nur schöner aus, sondern hat auch eine wichtige Schutzfunktion: neben erhöhter Sicherheit im Straßenverkehr sind die neuen Beete und Grünräume in der Lage, große Wassermengen bei Starkregenereignissen aufzunehmen. Einfache und kostengünstige mechanische Tricks schützen die Flächen im Winter vor Übersalzung. Bemerkenswert ist ebenfalls, dass es beim motorisierten Verkehr keine Verlagerung auf die überörtlichen Straßen feststellbar ist.

Manuel Hammel



Renaturierung mit EU-Mitteln durch die Europäische Stadtinitiative

Beispiele und Möglichkeiten

Johannes Riegler
Alexander Barnsteiner

Von der lokalen Ebene geht es zurück auf die europäische, genauer zur [Europäischen Stadtinitiative \(EUI\)](#). Diese fördert innovative Maßnahmen sowie den Aufbau von Kapazitäten und Wissen. Unter dem Call für Innovative Maßnahmen werden nächstes Jahr Städte mit bis zu 2 Mio. EUR pro Projekt gefördert, unter dem Cluster Aufbau von Kapazitäten und Wissen organisiert die EUI verschiedene Austauschformate, die zum Teil jederzeit angefragt werden können. Außerdem kuratiert die EUI die Wissens- und Austauschplattform [Portico](#).

Ein Projekt, welches aktuell unter den innovativen Maßnahmen gefördert wird, ist das Projekt [Watsups](#) in Mechelen. Durch das Projekt sollen zahlreiche Verbesserungen entlang des Stadtflusses Dyle vorgenommen werden. Während das Projekt im westlichen Teil des Flusses eine permanente Schwimmzone umsetzen wird, ist der Fluss in anderen Abschnitten aktuell gekennzeichnet von einem hohen Verschmutzungsgrad und schlechter Zugänglichkeit. An den meisten Bereichen ist der direkte Zugang durch Kaimauern, private Stege oder Zäune getrennt.

All das soll sich durch das EUI-geförderte Projekt ändern. Mit 5 Mio. EUR aus dem EFRE stemmt die EU 80 % der Kosten für das Projekt. Der größte Teil wird im Voraus und in der Halbzeit ausbezahlt. Das Ziel ist es, den Fluss für Mensch und Natur aufzuwerten. Hierfür werden Studien durchgeführt, Zielarten festgelegt, die durch das Projekt besonders unterstützt werden sollen, und Renaturierungsmaßnahmen umgesetzt.

Die Zivilbevölkerung wird von Anfang an eingebunden und das Projekt adressiert auch etwaige Nachteile, die durch innerstädtische Aufwertung entstehen können, so wie Gentrifizierung.



Johannes Riegler (l.)
und Alexander
Barnsteiner (r.) zur
EUI und aktuellen
Projekten



Paneldiskussion

Daniela Allmeier

Andreas Schmidbauer

Wolfgang Münch

Thomas Madreiter

Im letzten Teil der Veranstaltung ging es darum, das Gesagte zu Resümieren und dessen Bedeutung für die Zukunft zu herauszustreichen. Die Diskussion kulminierte in einer klaren Haltung: Schnelligkeit vor Perfektion, Kooperation statt Silos, Pragmatismus statt Stillstand. Begrünung und Renaturierung sind kein Luxus, sondern eine gesellschaftliche, ökologische und ökonomische Notwendigkeit. Städte müssen zeigen, dass Wandel machbar ist – mutig, lernend und mit Bevölkerung. Die zentralen Punkte waren:

Dringlichkeit und Realismus in der Klimakrise

Alle betonten, dass die Klimakrise und die Biodiversitätskrise weit fortgeschritten und dramatischer seien, als viele wahrhaben wollen. Es braucht einen „Sense of Urgency“ – also den Mut, schneller und pragmatischer zu handeln, statt in Perfektionismus und Langsamkeit zu verharren. „Quick and Dirty“ bzw. „Tactical Urbanism“ fiel in diesem Zusammenhang einige Male: lieber unvollkommen beginnen als zu spät handeln.

Innenentwicklung, Flächennutzung und Lebensqualität

Innenentwicklung wurde als „Operation am lebenden Organismus“ beschrieben: notwendig, aber herausfordernd. Städte müssen vorhandene Flächen besser nutzen und Lebensqualität steigern – durch Begrünung, Schwammstadtprinzip, Freiräume und Aufenthaltsqualität.

Renaturierung ist kein Zusatzthema, sondern ein zentraler Teil zukunftsfähiger Stadtentwicklung.

Von Leuchttürmen zur Breitenwirkung

Viele Pilotprojekte sind gelungen, aber aufwendig und langsam. Die Herausforderung besteht darin, diese Beispiele in die Fläche zu bringen und Regelbetrieb daraus zu machen. Projekte dürfen nicht „ewig Pilot“ bleiben – das Ziel ist, Wirkung im Alltag zu entfalten.

Geschwindigkeit und Vereinfachung der Prozesse

Überregulierung, lange Genehmigungsverfahren und Mehrfachzuständigkeiten bremsen Innovation. Notwendig sind vereinfachte Prozesse, mehr Mut zu zweitbesten Lösungen und weniger Angst vor Fehlern. Das Motto „Better done than perfect“ beschreibt den neuen Handlungsanspruch.

Quantität versus Qualität

Kritik an der EU-Wiederherstellungsverordnung wurde ebenfalls geäußert: Sie fokussiere sich stark auf messbare Flächenziele (Quantität), wobei die Qualität von Grünräumen als entscheidender Faktor außen vor sei. In dicht bebauten Städten ist qualitatives Grün oft wichtiger als reine Flächenzunahme.

Interkommunale und regionale Perspektive

Stadtregionale Kooperation wurde mehrfach gefordert, besonders zwischen wachsenden Städten und Speckgürtelgemeinden. Zersiedelung und Einfamilienhausgebiete am Land gelten als zentrales Problem. Kooperation funktioniert bisher oft nur, „wenn es den Gemeinden schlecht geht“. Hier braucht es neue Anreize und Fortbildungsangebote.

Kommunikation und Akzeptanz

Das Klimanarrativ verliert an Zugkraft – daher müsse die Argumentation stärker über Lebensqualität und Wirtschaftskraft geführt werden: „Lebensqualität ist ein Standortfaktor“. Bürger:innen sind laut Umfragen mehrheitlich für Begrünung und Umbau, auch wenn es Konflikte gibt. Aufgabe der Fachleute ist es, informierte Entscheidungen zu ermöglichen und populistische Gegenstimmen mit Fakten zu begegnen.

Bildung und politische Verantwortung

Kompetenzaufbau auf lokaler Ebene gilt als Schlüssel zur Umsetzung, wenn notwendig mit verpflichtenden Fortbildungen.

Gemeinsame Schlussgedanken

- Schneller ins Tun kommen.
- Mut zur Stadt: Dichte, kompakte urbane Strukturen sind nachhaltiger als Zersiedelung.
- Vom Reden ins Handeln: Projekte müssen multipliziert, Prozesse verschlankt und Verwaltungen handlungsfähiger werden.
- Kooperation und Kommunikation: Zwischen Politik, Verwaltung, Fachleuten und Bürger:innen.
- Realismus statt Perfektion: Kleine, pragmatische Schritte zählen. Hauptsache, sie passieren.

Wolfgang Münch
Daniela Allmeier
Andreas Schmidbaur
Thomas Madreiter
Wolfgang Gerlich

